Kooperation statt Konkurrenz

FRAUENGESUNDHEIT Arbeitskreis begrüßt Geburtshilfe in Nordenham trotz Sorgen um Varel und fordert Zusammenarbeit

VON KAI DECKER

FRIESLAND/WESERMARSCH/WILHELMSHAVEN – Eine neue Geburtshilfe in Nordenham, eine wirtschaftlich angeschlagene Frauenklinik im benachbarten Varel: Wie sollen beide Standorte künftig nebeneinander bestehen? Der Arbeitskreis Frauengesundheit Nordwest, in dem sich Gleichstellungsbeauftragte und Landfrauenverbände aus der Region zusammengeschlossen haben, sieht in den Plänen des Krankenhauskonzerns Helios vor allem eine Chance – allerdings nicht ohne Bedenken.

Das Gremium begrüßt nun in einer Pressemitteilung die geplante Rückkehr der Geburtshilfe in die Wesermarsch, fordert zugleich aber eine enge Zusammenarbeit der Krankenhäuser. Der Appell: Kooperation statt Konkurrenz.

Dass die Nachricht aus Nordenham zunächst auch Sorgen ausgelöst hat, räumt Elisabeth Krause, stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Friesland, im Gespräch mit der Nordwest-Zeitung ein. „Da mussten wir auch erst mal schlucken“, sagt sie über ihre persönliche erste Reaktion. Nach einem Austausch habe sich der Arbeitskreis jedoch darauf verständigt, die Entwicklung als Chance für eine bessere regionale Versorgung zu betrachten.



Die Geburtshilfe am St. Johannes-Hospital in Varel (links) könnte durch die Pläne der Helios-Klinik Wesermarsch in Nordenham unter Druck geraten.
BILD: NWZ-ARCHIV: DECKER/HARTFIL

Geburtshilfe in Nordenham: Sorge um Varel

Für Frauen und Familien in der Wesermarsch eröffne die Wiederaufnahme der Geburtshilfe die Perspektive auf eine wohnortnahe Entbindung. Ein zusätzliches medizinisches Angebot in der Region sei deshalb grundsätzlich zu begrüßen. Zugleich dürften die bestehenden Versorgungsangebote in Varel und Wilhelmshaven sowie die geplante Zentralklinik nicht aus dem Blick geraten. Dass die Entwicklung zugleich Sorgen um Varel auslöse, verschweigt sie nicht. Sie spricht von einem „zweischneidigen Schwert“.

Die Befürchtungen haben einen konkreten Hintergrund: Nach Angaben des niedersächsischen Gesundheitsministeriums kommen knapp 30 Prozent der Frauen, die in Varel entbinden, aus der Wesermarsch. Sollte ein Teil von ihnen künftig die Geburtshilfe in Nordenham in Anspruch nehmen, könnten in Varel Fallzahlen und Erlöse zurückgehen. Die Frauenklinik schreibt bereits heute rote Zahlen. Ihr jährliches Defizit wurde zuletzt mit rund 2,7 Millionen Euro beziffert.

Arbeitskreis fordert Zusammenarbeit der Kliniken

Der Arbeitskreis setzt deshalb auf eine stärkere Zusammenarbeit der Kliniken. Konkret sollen mögliche Kooperationen zwischen Helios und den Friesland Kliniken geprüft werden. Denkbar seien eine gemeinsame Nutzung personeller und fachlicher Ressourcen sowie eine bessere Abstimmung der medizinischen Angebote.

Ob entsprechende Gespräche bereits geführt werden, weiß der Arbeitskreis allerdings nicht. „Wir hoffen es“, sagt Krause. Mit seiner Stellungnahme wolle das Gremium einen Anstoß geben, damit die Verantwortlichen aufeinander zugehen. Der Appell richte sich vor allem an die Verantwortlichen in Friesland und der Wesermarsch, mittelbar aber auch an das Land Niedersachsen.

Zugleich verlangt der Arbeitskreis mehr Transparenz über die Nordenhamer Pläne. Helios solle sein vorgesehenes Konzept für Gynäkologie und Geburtshilfe zeitnah öffentlich vorstellen. Dabei müsse unter anderem geklärt werden, welche medizinischen Leistungen angeboten werden sollen, wie die personelle Ausstattung aussieht und welche Rolle Hebammen sowie niedergelassene Ärzte übernehmen.

Was sich für die Vareler Frauenklinik ändern soll

Auch für Varel sieht der Arbeitskreis weiteren Handlungsbedarf. Die Frauenklinik bleibe ein wichtiger Bestandteil der regionalen Versorgung. Positiv bewertet das Gremium unter anderem den geplanten hebammengeleiteten Kreißsaal. Die angestrebte erneute Zertifizierung der Geburtsklinik werde man aufmerksam verfolgen.

Darüber hinaus fordert der Arbeitskreis eine verständliche Information über die gynäkologische Notfallversorgung in Varel. Dabei müsse klar zwischen der geschlossenen zentralen Notaufnahme und der weiterhin bestehenden gynäkologischen und geburtshilflichen Notfallversorgung unterschieden werden.

Langfristig sollten Nordenham, Varel, Wilhelmshaven und die geplante Zentralklinik nach Vorstellung des Arbeitskreises als Teile eines gemeinsamen Versorgungsnetzes betrachtet werden.

Entscheidend sei, die medizinischen Angebote nicht isoliert zu entwickeln. Stattdessen müssten Zuständigkeiten, Leistungen und mögliche Kooperationen frühzeitig abgestimmt werden. „Jetzt sollte offen und transparent darüber gesprochen werden, wie Nordenham, Varel und die weiteren Einrichtungen der Region gemeinsam eine tragfähige Versorgung sicherstellen können“, fordert der Arbeitskreis.

Angepasste Löhne und mehr Urlaub

WARNSTREIK Automaten-Roesler-Beschäftigte in Sande fordern Tarifvertrag

VON DIETMAR RECK

SANDE – „Wir wollen einen gerechten Lohn für unsere Arbeit“, so einer der Sprechchöre am gestrigen Vormittag auf dem Gelände der Automaten-Service Siegfried Roesler GmbH in Sande. Dort positionierten sich die in der Gewerkschaft IG-Metall organisierten Mitarbeiter zum Warnstreik. Warnstreiks, so die Streikenden, sind ein effektives Mittel, um einen bisher fehlenden Tarifvertrag durchzusetzen. Zum Warnstreik hatte die IG-Metall Wilhelmshaven am Donnerstag die Beschäftigten aufgerufen. Die Arbeitsniederlegung dauerte von 11.15 Uhr bis 13.15 Uhr und verlief friedlich ohne Ausschreitungen, ab und zu begleitet von einem Trillerpfeifenkonzert.

Beschäftigte fordern mehr Anerkennung

Ihr Ziel ist, dass die Tarifverträge des Metallhandwerks beziehungsweise des Metall-verarbeitenden Handwerks für Niedersachsen und Bremen in dem Unternehmen anerkannt werden. Gefordert werden höhere Löhne und mehr Urlaub. Die IG Metall Wilhelmshaven hatte den Arbeitgeber bereits am 15. September aufgefordert, Tarifverhandlungen aufzunehmen und dafür drei Termine im Oktober vorgeschlagen. Damit wollen die Beschäftigten eine spürbare Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und eine stärkere Anerkennung ihrer geleisteten Arbeit erreichen, so Betriebsratsvorsitzender Hans-Jürgen Sorg.


Warnstreik zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und für eine stärkere Anerkennung der geleisteten Arbeit bei der Firma Automaten-Service Siegfried Roesler GmbH in Sande: hier mit (von links) Paul Naujoks, Gewerkschaftssekretär der IG-Metall-Wilhelmshaven und Hans-Jürgen Sorg, Betriebsratsvorsitzender.
BILD: DIETMAR RECK

Bislang hat der Arbeitgeber jedoch keine konkreten Termine für Tarifverhandlungen angeboten. Stattdessen stellte er zunächst unverbindliche Kennlerngespräche für Ende November beziehungsweise Anfang Dezember in Aussicht. Für die IG-Metall-Mitglieder im Betrieb ist das deutlich zu spät. Das fehlende Angebot war ein wesentlicher Grund für den kurzfristig anberaumten Warnstreik.

„Die Beschäftigten wollen keine unverbindlichen Gespräche irgendwann im Winter. Sie wollen jetzt über konkrete Verbesserungen verhandeln“, erklärt Paul Naujoks, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Wilhelmshaven. Mit dem Warnstreik hätten die Beschäftigten deutlich gemacht, dass sie zusammenstünden und erwarten davon, dass der Arbeitgeber nun ernsthafte Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern aufnimmt.

Die Firma Roesler Automaten-Service ist seit 30 Jahren in der Automatenbranche und Blechverarbeitungsbranche tätig. Sie produziert mit 60 Mitarbeitern Zigarettenautomaten, Vendingautomaten (Verkaufsautomaten) und Hygieneautomaten für den Außen- und Innenbereich.

Weitere Streiks „hochgradig riskant“

Roesler Geschäftsführer Andreas Beyer teilte auf Nachfrage unserer Redaktion mit, dass auf eine Terminanfrage der Gewerkschaft vom 14. Oktober an die Roesler- Geschäftsleitung keine Antwort erfolgte. Sie befand sich auf einer dringenden Geschäftsreise und war für eine operative Abstimmung nicht erreichbar, so Beyer. Wegen des kurzfristig anberaumten Zeitfensters, weist das Unternehmen die Annahme einer Blockadehaltung entschieden zurück und bedauert, dass der Warnstreik erfolgte. „Dennoch teilen wir Ihren Wunsch nach einem sachlichen Dialog“, heißt es in der Antwort an die Gewerkschaft. Und weiter: „Angesichts der aktuell ohnehin sehr herausfordernden wirtschaftlichen Gesamtsituation, und des spürbaren Marktdrucks auf unser Unternehmen halten wir weitere Arbeitskampfmaßnahmen für hochgradig riskant.“